

Beschluss des Parteirats

in seiner Sitzung am 17. März 2007

AntragstellerInnen: Anna Lührmann (KV Main-Taunus); Nicole Hohmann, Omid Nouripour (KV Frankfurt), Nicole Maisch (KV Kassel-Stadt), Jürgen Frömmrich (KV Waldeck-Frankenberg)



Der Parteirat hat beschlossen:

FÜR EINE DEMOKRATISCHE ZIVILGESELLSCHAFT UND EIN WELTOFFENES HESSEN – GRÜNE AKTIV GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Wir GRÜNE stehen für ein weltoffenes, tolerantes Hessen, in dem sich alle Menschen gegenseitig achten, unterschiedliche Lebensentwürfe verwirklichen und zuhause fühlen können. Um dieses Ziel zu erreichen müssen wir uns stärker mit Rechtsextremismus in Hessen auseinandersetzen und effektive Gegenstrategien entwickeln. Denn: Seit Jahren sind auch in Hessen ansteigende Aktivitäten der Rechtsextremen zu beobachten. Die aktuelle Kriminalstatistik der hessischen Landesregierung belegt, dass sich die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten im Jahr 2006 erhöht hat. Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer wesentlich höher liegt, da noch viele Taten als solche nicht erkannt oder benannt werden. Das zeigt, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit keine expliziten Probleme der neuen Bundesländer mehr sind. Ebenso dürfen die kontinuierlichen Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien nicht nur als „Protestwahl“ verharmlost werden. Deshalb sehen wir GRÜNE in Hessen eine Auseinandersetzung mit dem gefährlichen und menschenverachtenden Rechtsradikalismus nicht als ein medienzyklisches Konjunkturthema, sondern als eine politische und gesellschaftliche Daueraufgabe an!

In Hessen haben die rechtsextremen Parteien eine offensive Strategie angekündigt, mit deren Hilfe sie 2008 in den Landtag einziehen möchten. Mittlerweile hat sich auch die rechtsextreme Szene in Hessen zu einem breiten Bündnis aus NPD, Mitgliedern von freien Kameradschaften und gewaltbereiten Neo-Nazis geformt. Durch diesen Zusammenschluss ist es ihnen möglich, flächendeckend und flexibel zu agieren. Als strategische Stützpunkte der rechtsextremen Szene sind uns vor allem die Kreise Bergstraße, Lahn-Dill, Kassel, Schwalm-Eder, Vogelsberg und Wetterau bekannt. In Schwalm-Eder werden seit Februar diesen Jahres Schüler und Schülerinnen von Rechtsextremen bedroht, nachdem sie Interessierte in einem Seminar über Strategien „gegen Rechtsextremismus in Schule, Stadt und Politik“ informiert haben. Dieses aktuelle Beispiel zeigt, wie präsent Rechtsextremismus bereits an hessischen Schulen ist. Daneben zeigen die für die nächsten Wochen und Monate angekündigten Demonstrationen der NPD, z.B. in Frankfurt und im Main-Taunus-Kreis, dass sie versuchen, überall in Hessen ihre Präsenz zu festigen und auszubauen.

Stärkung der Zivilgesellschaft – Demokraten aktiv gegen Rechtsextremismus

Um dem entgegen zu wirken, werden wir zivilgesellschaftliches Engagement im Kampf gegen den Rechtsextremismus intensiv unterstützen und für die Werte unserer freien, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft kämpfen. Die Evaluationen der Bundes- und Landesprogramme belegen, dass gerade dem zivilgesellschaftlichen Engagement eine wichtige Schlüsselrolle bei der nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus auf lokaler Ebene zukommt. Kürzungen oder Streichungen von Mitteln, insbesondere im

Etat für Jugend und Soziales, führen oft zu einem Vakuum, welches Rechtsextreme nutzen, um es mit ihren Inhalten zu füllen. Da mit dem neuen Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ ab 2007 zivilgesellschaftliche Träger und Initiativen nicht mehr direkt, sondern lokale Projekte in kommunaler Verantwortung gefördert werden, werden wir GRÜNE in Hessen die Kommunal- und Stadtverwaltungen auf diese Verantwortung im Kampf gegen Rechtsextremismus hinweisen und auffordern, diese Aufgabe zu übernehmen.

Durch den Entwurf für das zweite Bundesprogramm mit dem Titel „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Kriseninterventionsteams gegen Rechtsextremismus“ ist künftig keine kontinuierliche und strukturelle Förderung der Arbeit von Mobilien Beratungsteams und Beratungsprojekten für Opfer rechter Gewalttaten mehr gewährleistet, da grundsätzlich nur noch anlassbezogene, auf zwei bis drei Monate zeitlich befristete Krisenintervention gefördert werden soll. Damit wird entgegen aller praktischer Erfahrungen und den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung des Civitas-Programms eine Abkehr vom präventiven Ansatz der Arbeit gegen Rechtsextremismus vollzogen.

Wir GRÜNE fordern eine solide Finanzierung von Beratungsnetzwerken, damit auch weiterhin eine stetige Arbeit gegen Rechtsextremismus gewährleistet ist und sich eine nachhaltige präventive Wirkung entfalten kann.

Ehrenamtliches Engagement in Vereinen oder bei der Freiwilligen Feuerwehr wird von Rechtsextremen strategisch gezielt ausgeübt, um dort ihre Ideologien zu verbreiten. Daher muss sich die Mitte der Gesellschaft stärker mit dem Thema auseinandersetzen. Demokraten müssen parteiübergreifend gemeinsam handeln und dürfen sich von den Rechtsextremen nicht spalten lassen. Daher erwarten wir von allen demokratischen Parteien, allen voran von der hessischen CDU, dass sie sich deutlich von rechtsextremem Gedankengut abgrenzt. Wer die NPD bekämpfen will, darf in den eigenen Reihen keine geistigen Brandstifter dulden.

Darüber hinaus brauchen wir auch einen „Aufstand der Zuständigen“. Verwaltung, Justiz und Polizei dürfen nicht wegschauen, sondern müssen beim ersten Anzeichen rechtsextremer Aktivitäten konsequent dagegen vorgehen. Des weiteren ist es mancherorts für Demokraten einfach nicht mehr möglich, den Nazis aus dem Weg zu gehen. Die Strategie „Ächten durch Ignorieren“ ist dann nicht mehr sinnvoll, wenn die anti-demokratischen Kräfte bereits einen breiten Kanal der Kommunikation mit relevanten Teilen der Gesellschaft gefunden haben. Hier müssen die demokratischen Parteien ihre Mitglieder für eine argumentative Auseinandersetzung mit den Rechten fortbilden.

Jugendliche für Demokratie gewinnen – den Rechtsextremen Nachwuchs entziehen

Mit zunehmender Tendenz findet Rassismus und Fremdenfeindlichkeit immer mehr Anklang in der Jugendkultur. Die Rechtsextremen entwickeln zudem immer neuere Taktiken (z.B. Schulhof-CDs, Freizeitprogramme, Fahrdienste, Konzerte) um jugendliche Anhänger zu finden. Dabei werden besonders häufig sozial vernachlässigte Kinder und Jugendliche angesprochen. Individuelle ganzheitliche Förderung, unabhängig von ihrer kulturellen und sozialen Herkunft, und die damit einhergehende emotionale Stärkung von Kindern und Jugendlichen ab dem Vorschulalter ist daher für uns wesentlicher Bestandteil im Kampf gegen Rechts..

So können Kinder und Jugendliche früh erfahren, dass Vielfalt keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung der Gesellschaft ist.

Unser Ziel ist es, Kinder und Jugendliche – gemäß ihrem Alter – an die Wahrnehmung ihrer demokratischen Mitverantwortung heranzuführen. Deshalb möchten wir GRÜNE in Hessen den Interessen von Kindern und Jugendlichen mehr Gehör schaffen – sowohl in den Schulen als auch den Kommunen. Denn nur Partizipation an demokratischen Prozessen schafft eine demokratische Lebenswelt, fördert das Demokratiebewusstsein und festigt deren Grundsätze nachhaltig.

Hessen ohne Rassismus – Für einen hessischen Aktionsplan zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt

Trotz dieser beunruhigenden Analyse der Lage bleibt die Landesregierung im Kampf gegen die rechts-extremistische Ideologie weitgehend untätig. Hessen braucht aber einen Aktionsplan zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt. Dieser muss folgende Bausteine beinhalten:

1. Der beste Schutz gegen braune Propaganda ist politische Bildung. Deshalb werden wir ein landesweites Bildungs- und Informationsprogramm gegen Rechts auflegen, das auf unterschiedliche Zielgruppen eingeht und nicht nur Jugendliche im Blick hat.
2. Notwendig sind flächendeckende Präventionsarbeit, Beratungsstrukturen und Opferberatungsstellen für alle Altersgruppen sowie eine solide Finanzierung dieser, damit eine nachhaltige präventive Arbeit gewährleistet ist und so genannte Kriseninterventionsteams bei Bedarf an professionellen Strukturen gegen Rechtsextremismus anknüpfen können.
3. Besonderes Augenmerk muss auf die Schulen gelegt werden. Lehrer und Lehrerinnen müssen daher in ihrer Ausbildung oder durch Fortbildungen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus geschult werden. Bereits zu Beginn der politischen Sozialisation in der 5./6. Klasse soll zudem eine Unterrichtseinheit zum Thema „Demokratische Kultur“ eingeführt werden. Diese Unterrichtseinheit soll insbesondere auch über die Demagogie der Rechtsextremen aufklären.
4. Die zuständigen Stellen bei Verwaltung, Justiz, Polizei und Kommunalpolitik müssen weitergebildet werden, um rechtsextremen Kräften konsequent entgegen zu treten. Die demokratischen Parteien müssen ihren Mitgliedern die Möglichkeit geben, für eine argumentative Auseinandersetzung mit Rechtsextremen gewappnet zu sein.
5. Um eine flächendeckende Vernetzung der hessischen Initiativen im Kampf gegen Rechtsextremismus zu unterstützen, fordern wir die Finanzierung und Errichtung einer Projektstelle gegen Rechtsextremismus aus Landesmitteln, die die Aktivitäten der Initiativen untereinander koordiniert und Wissen bündelt.